

1 Der Landesvorstand beschließt:

## 2 **Konsequenzen aus der Rassismus-Polizei-Debatte ziehen**

3 Seit dem brutalen Tod des Schwarzen US-Amerikaners George Floyd wird auch in Deutschland eine  
4 intensive Debatte über Rassismus geführt. Im besonderen Fokus steht dabei in den in Deutschland,  
5 wie in den USA, die Polizei. Unter dem Schlagwort „Black Lives Matter“ berichten BPoC von ihren  
6 Erfahrungen mit rassistisch motivierten, ungerechtfertigten Handeln der Polizei. Spätestens mit dem  
7 Interview der Parteivorsitzenden Saskia Esken ist die Debatte, teilweise mit unterirdischem Tonfall,  
8 auch in der Innenpolitik angekommen. Wir Jusos fordern folgende Konsequenzen zu ziehen:

### 9 **1. Kritik ernstnehmen**

10 Die Bundes- und Landespolitik muss zu einer geordneten Debatte zurückfinden. Dazu gehört für uns  
11 zwingend ein Zugehen auf die Betroffenen. In den vergangenen Wochen ist ihnen oftmals pauschal  
12 abgesprochen worden, rassistische Erfahrungen mit der Polizei gemacht zu haben. Das kann auf  
13 individueller Ebene zu Retraumatisierungen und gesamtgesellschaftlich zu einer vertieften Spaltung  
14 führen. Die Beantwortung der Frage, ob polizeiliches Handeln rassistisch begründet ist oder nicht,  
15 steht in erster Linie BPoC zu. Die Gesellschaft sollte auf sie hören, denn nicht zuletzt leidet auch das  
16 Vertrauen in die Polizei, wenn sie Kritik nicht ernst nimmt.

### 17 **2. Koalitionsvertrag umsetzen**

18 Im Koalitionsvertrag der rot-rot-grünen Landesregierung sind bereits wichtige Schritte vereinbart.  
19 Diese müssen aber auch umgesetzt werden. Dazu gehört die Einrichtung einer Beschwerdestelle mit  
20 eigener Ermittlungskompetenz. Im Koalitionsvertrag steht hierzu: „Wir richten eine unabhängige  
21 Beschwerdestelle ein, an die sich Bürger\*innen und Polizeibedienstete mit Kritik und Vorschlägen  
22 wenden können. Diese Beschwerdestelle erhält eigenständige Untersuchungsbefugnisse und wird  
23 unabhängig vom Senat bei der Bürgerschaft angesiedelt.“ Außerdem fordern wir eine zeitnahe  
24 Umsetzung des Quittungssystems für Personenkontrollen und den Verzicht auf anlasslose  
25 Personenkontrollen. Der Koalitionsvertrag schreibt dazu: „Personenkontrollen an sogenannten  
26 Gefahrenorten sollen nicht anlasslos erfolgen, der Grund der Maßnahme ist auf Verlangen zu  
27 bescheinigen.“

### 28 **3. Staatlicher Diskriminierung entgegentreten – Bremer Anti-Diskriminierungsgesetz**

29 Der alltägliche Rassismus gegenüber Menschen mit nicht weißer Haut und andere Diskriminierungen  
30 von Menschen jenseits einer gesellschaftlich konstruierten Norm, enden nicht an der Behördentür,  
31 auch das haben die Auseinandersetzungen nach dem Tod von George Floyd gezeigt. Im rechtlichen  
32 Bereich zwischen Privaten gibt es seit 2006 das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG). Es  
33 schützt vor Diskriminierungen und sieht Schadensersatz und Unterlassung bei Verstößen vor. Im  
34 Verhältnis zum Staat fallen dagegen Betroffene auf den schwächeren grundrechtlichen Schutz  
35 zurück. Um diese Schutzlücke zu schließen und Betroffene effektiv vor Diskriminierungen zu  
36 schützen, fordern wir ein Antidiskriminierungsgesetz nach Berliner Vorbild. Dazu sollen die  
37 Erfahrungen aus Berlin evaluiert werden und ein Gesetzgebungsverfahren unter Berücksichtigung  
38 dieser Ergebnisse eingeleitet werden.

### 39 **4. Für eine kritische Erinnerungskultur**

40 Ein weiteres Beispiel für strukturellen Rassismus in der Gesellschaft spiegelt sich in den Debatten um  
41 die Standorte für mehrere vereinbarte Mahnmale wieder. Während das Stadtbild an vielen Stellen  
42 nach wie vor von kolonialen Straßennamen geprägt ist und zahlreiche Denkmäler strittige Personen  
43 der europäischen Geschichte ehren, sucht man im Stadtbild Erinnerungsorte für bedeutende BPoCs

44 vergebens. Auch ein längst versprochener zentraler Erinnerungsort mit einem  
45 Dokumentationszentrum für die Opfer des Kolonialismus ist weit entfernt von einer Realisierung.

46

47 Unsere Forderungen zum Umgang in der SPD:

#### 48 **1. Solidarität heißt für Schwächere eintreten**

49 Solidarität ist ein Grundwert der SPD seit ihrer Gründung. Solidarität ist ein fester Bestandteil einer  
50 besseren Gesellschaft, für die wir arbeiten. Solidarität bedeutet Unterstützung und Hilfsbereitschaft.  
51 Solidarität beruht auf einer Wechselseitigkeit und einem Zusammenstehen gegen eine Übermacht:  
52 Durch den Zusammenschluss gewinnen wir Kraft. Wir stellen dazu fest, dass beim Gedanken an die  
53 deutsche Polizei einige Genoss\*innen von diesem Grundsatz Abstand nehmen. Es gibt Situationen, in  
54 denen wir uns als Sozialdemokratie hinter dem Staat versammeln müssen, aber wir dürfen dabei  
55 unseren Grundsatz der Solidarität niemals aufgeben. Wer sich lieber mit Staatsbediensteten als mit  
56 rassistisch diskriminierten Personen solidarisiert, schlägt sich auf die Seite der Stärkeren, teilt unsere  
57 Grundwerte offenbar nicht, verrät die historischen Erfahrungen der Sozialdemokratie und ist in der  
58 SPD damit fehl am Platz.

#### 59 **2. Keine Kameradschaft mit Rechtsaußen – Zusammenhalt nach Innen**

60 Als Jusos verurteilen wir die Entgleisungen rechter Hetzer und Spalter nach den Aussagen von Saskia  
61 Esken. Wir bedauern das zahlreiche Zugehen von linker, grüner und sozialdemokratischer Seite auf  
62 diese Akteure. Mag ein Schutzreflex gegenüber der Polizei bei verantwortlichen Innenpolitiker\*innen  
63 noch in Ansätzen verständlich sein, so gibt es aber sicherlich keinerlei Rechtfertigung für geleistete  
64 Schützenhilfe für hyperventilierende Rechte - von DPoIG bis AfD.

65 Als Jusos aus Bremen und Bremerhaven ziehen wir unsere Lehren und werben für eine  
66 Unvereinbarkeit von SPD- und DPoIG-Mitgliedschaft.

67 Der Umgang mit der Parteivorsitzenden Saskia Esken ist ein Tiefpunkt. Als Jusos haben wir großes  
68 Verständnis für kritische Haltungen gegenüber dem Parteivorstand. Die pauschalen  
69 Zurückweisungen, gepaart mit Anschuldigungen und Falschaussagen über Saskia Esken sind jedoch in  
70 ihrer Schärfe nicht in Ordnung. Sie lassen zurückblicken in Zeiten, die wir dachten mit dem neuen  
71 Parteivorstand überwunden zu haben. Wir erwarten von unseren Genoss\*innen, dass der erste Weg  
72 der Kommunikation nicht über die Presse läuft und wenn der Weg der Öffentlichkeit gewählt wird,  
73 zumindest die betreffenden Zitate im Original gelesen wurden. Die Aussagen einiger Genoss\*innen  
74 waren nicht nur ihrer Form nach unwürdig, sondern auch inhaltlich meilenweit entfernt von dem  
75 ursprünglichen Interview der Parteivorsitzenden.